

## Newsletter Nummer 16/2022: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

### Kreistagssitzung am 13. Dezember 2022 in Sinsheim

Im Mittelpunkt der letzten Sitzung des Kreistags in diesem Jahr standen der Kreishaushalt für das Jahr 2023, die Neubestellung von Naturschutzbeauftragten sowie die Einrichtung eines neuen Bildungsgangs an der Max-Weber-Schule Sinsheim.

### Ehrenamtliche Naturschutzbeauftragte

Cindy Baumann für den Bereich Schwetzingen und Imme Freundner-Huneke - Bereich Sinsheim – wurden zu ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten des Rhein-Neckar-Kreises bestellt.

Die Amtszeiten beginnen am 1. Januar 2023 und enden zum 31. Dezember 2028.

### Neuer Bildungsgang an Max-Weber-Schule

Im Anschluss stimmten die Kreisrätinnen und Kreisräte der Einrichtung eines neuen Bildungsgangs an der kreiseigenen Max-Weber-Schule Sinsheim zu. An der dortigen Berufsschule wird es künftig eine Fachklasse „Sport- und Fitnesskauffrau/-mann“ geben.

Unser **Kreisrat Franz Schaidhammer** nahm im Namen aller Fraktionen dazu Stellung.

Die Schullandschaft sei - vor allem bei den beruflichen Schulen – einem steten Wandel unterworfen. Sie passe sich damit der gesellschaftlichen und vor allem der wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Region an.

So habe der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport Jahr



für Jahr von der Aufhebung von Bildungsgängen Kenntnis zu nehmen und über die Einrichtung neuer Bildungsgänge zu beraten und dem Kreistag eine Beschlussempfehlung zu geben.



Die Aufhebung von Bildungsgängen sei durch Verordnung geregelt. Wenn eine Mindestschülerzahl unterschritten wird, müsse eine sogenannte „Regionale Schulentwicklung“ durchgeführt werden. Beteiligt seien dabei die regionalen Träger der beruflichen Schulen, also neben dem Rhein-Neckar-Kreis auch der Neckar-Odenwald-Kreis, die Stadt Mannheim und die Stadt Heidelberg und außerdem die IHK und das Regierungspräsidium.

Damit solle erreicht werden, dass Bildungsgänge, die bei allen Schulträgern schwach nachgefragt sind, bei einem oder zwei Schulträgern konzentriert werden und somit wohnortnah auch weiterhin angeboten werden, so Franz Schaidhammer. Bei den anderen Schulträgern werde der Bildungsgang aufgehoben, wenn drei Jahre in Folge die Mindestschülerzahl unterschritten wird.

Dies habe nun auf den Bildungsgang

- Industriemechaniker/in an der Theodor-Frey-Schule
- und die Fachklassen Fleischer/in und Fachverkäufer/in im Lebensmittelhandwerk Fleischerei an der Friedrich-Hecker-Schule

zum Ende des vergangenen Schuljahrs zugetroffen.

Zu den letzten beiden sei auch im Ausschuss viel diskutiert worden, so dass er auf weitere Anmerkungen verzichten könne.

Anders als bei der Aufhebung von Bildungsgängen müsse die Einrichtung neuer Bildungsgänge vom Kreistag beschlossen werden.

Vorgeschlagen werde nun von der Verwaltung, mit Beginn des nächsten Schuljahrs an der Max-Weber-Schule in Sinsheim eine Berufsschul-Fachklasse „Sport- und Fitnesskauffrau/-mann“ einzurichten. Auszubildende könnten zum Beispiel in Fitnessstudios, bei großen Sportvereinen, bei Betreibern von Sportanlagen und in Wellness- und Gesundheitszentren eine Anstellung finden. Ein vergleichbares Bildungsangebot gebe es erst wieder in Karlsruhe, so dass zum Einzugsgebiet dieses Bildungsgangs auch der Neckar-Odenwald-Kreis und die Städte Mannheim und Heidelberg gehören.

Damit scheine es sehr wahrscheinlich, dass genügend Schülerinnen und Schüler das Angebot in Anspruch nehmen. Der Ausschuss habe daher dem Kreistag einstimmig empfohlen, die Einrichtung dieses Bildungsganges zu beschließen, was dieser dann auch tat.

## Beteiligungsbericht 2021

Seit 1991 legt die Verwaltung ihren Bericht zur jährlichen Information des Kreistags und der Einwohnerinnen und Einwohner vor. Der Beteiligungsbericht des Geschäftsjahrs 2021 enthält Informationen über die Entwicklung und die wirtschaftliche Tätigkeit der Unternehmen und Zweckverbände, an denen der Landkreis beteiligt ist.

Der Beteiligungsbericht 2021 enthalte beeindruckende Zahlen, bemerkte **Kreisrat Peter Riemensperger** in seiner Stellungnahme für die Freien Wähler:

Ende 2021 habe die Bilanzsumme des Konzerns Rhein-Neckar-Kreis beachtliche 1,3 Milliarden € betragen. Davon entfielen nicht einmal mehr die Hälfte, nämlich 593 Millionen €, auf die Konzern-Mutter Landkreis.

In den Beteiligungen des Landkreises seien 2021 über 4.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt gewesen. Der Umsatz der Beteiligungen habe sich im vergangenen Jahr auf über 443 Millionen € summiert. Außerdem hätten die Kreisunternehmen 2020 27 Millionen € investiert.

Diese Zahlen zeigten, dass den Gesellschaften des Kreises nicht nur in Bezug auf die Aufgabenerfüllung, sondern im gleichen Maß auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage unseres Landkreises enorme Bedeutung zukommt.

Im an guten Nachrichten nicht armen Beteiligungsbericht blieben die GRN-Kliniken die finanziellen Sorgenkinder im Konzern Rhein-Neckar-Kreis, so Peter Riemensperger.

Noch im letzten Beteiligungsbericht sei die Verwaltung davon ausgegangen, dass bei den GRN-Kliniken in den kommenden Jahren mit ausgeglichenen bzw. positiven Ergebnissen gerechnet werden darf.

Leider sei es anders gekommen: Die GRN gGmbH schloss das Jahr 2021 mit einem Defizit von 3,9 Millionen € ab. Zwar sei die Prognose eines Fehlbetrags von 5,5 Millionen € erfreulicherweise deutlich unterschritten worden. Von einem ausgeglichenen oder gar positiven Ergebnis sei man aber leider weit entfernt.

Und die enormen Energiepreissteigerungen würden das Defizit weiter vergrößern.

Inwieweit sich die Pflegebudgets im Entgeltbereich der Kliniken sowie die vergangene Woche vom Bundesgesundheitsminister angekündigte grundlegende Reform der Krankenhausfinanzierung positiv auf das Ergebnis auswirken werden, bleibe abzuwarten.





Die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung der AVR Kommunal sowie der AVR-Gesellschaften mit positiven Jahresergebnissen hat sich auch 2021 fortgesetzt, fuhr Peter Riemensperger fort.

Die AVR Kommunal habe in ihrem zweiten Geschäftsjahr als Anstalt des öffentlichen Rechts einen Überschuss von knapp sechs Millionen € erzielt.

Das Jahresergebnis der AVR UmweltService GmbH von drei Millionen € - nach 3,6 Millionen € ein Jahr zuvor - sei mehr als zufriedenstellend.

Auch die AVR GewerbeService GmbH habe mit einem ausgesprochen guten Ergebnis von 910.000 € abgeschlossen.

Im ersten Geschäftsjahr im Normalbetrieb der Bioabfallvergärungsanlage habe die AVR BioTerra GmbH & Co. KG einen Überschuss von nahezu 800.000 € erzielt - und das, obwohl die Gesellschaft nun die vollen Abschreibungen von 2,4 Millionen € erwirtschaften musste.

Durch den Gasverkauf aus der Bioabfallvergärungsanlage konnte die AVR BioGas GmbH mit regenerativer Energie einen Überschuss von 222.000 € erwirtschaften.

Sowohl die AVR-Gesellschaften als auch die AVR kommunal als Anstalt des öffentlichen Rechts seien sehr gut aufgestellt. Deshalb seien die Freien Wähler sicher, dass diese sich auch künftig positiv entwickeln werden.

Peter Riemensperger freute sich auch über die Fortschritte der Stift Sunnisheim gGmbH. Zwar habe diese auch 2021 ein negatives Ergebnis erzielt. Dieses sei jedoch mit 199.000 € niedriger als in den Jahren zuvor. Die Tendenz stimme also weiterhin!

Was die Aufgabenerfüllung angeht, leisten alle Kreisunternehmen sehr gute Arbeit.

Die Einwohnerin und Einwohner könnten sich auf eine hervorragende medizinische Versorgung wohnortnah in den Kreiskliniken genauso verlassen wie auf die zuverlässige und komfortable Müllentsorgung durch die AVR-Unternehmen bei weitgehender Gebührenstabilität. Und dies solle auch so bleiben, schloss Peter Riemensperger seine Ausführungen.

## Haushalt 2023

Der Kreistag hat den Haushalt für das Jahr 2023 einstimmig verabschiedet. Er umfasst ein Gesamtvolumen von rund 868 Millionen €, von denen 753 Millionen € auf den Kernhaushalt, 114,1 Millionen € auf den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik sowie 737.500 € auf die Freiherr von Ulner'sche Stiftung entfallen.

Die aus Sicht der Kreiskommunen wichtigste Nachricht: Der Hebesatz der Kreisumlage bleibt wie im vergangenen Jahr bei 24,5 Prozent. Die Kreisumlage – also Geld, das der Kreis von seinen 54 Städten und Gemeinden nach deren Steuerkraft erhält – ist der größte Einnahmeposten im Kreishaushalt.

Wie in den letzten Jahren geben wir auch dieses Mal die Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler, **Kreisrat Hans Zellner** im Wortlaut wieder:

„Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Leute!

Man hatte ja dieses Jahr öfters den Eindruck, dass „political correctness“ in den Medien in Deutschland das alles überlagernde Thema sei.

Tatsächlich bewegen die Menschen andere Themen, wie Gendern, quere Lebensformen, festklebende sogenannte Aktivisten oder mundhaltende Fußballer in Katar.

Viele Herausforderungen stehen an!

Also lassen Sie mich auf die aktuellen Kreisprobleme mit dem Haushalt 2023 zurückkommen, oder wie es der Landrat bei der Einbringung formuliert hat – „Aufbruch in andere Zeiten“, was wohl bedeutet: die fetten Jahre sind vorbei!

Die Freien Wähler hatten in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass es wirtschaftlich so nicht weitergehen wird. Leider hatten wir Recht!

Lassen Sie mich unsere Anmerkungen zum Haushalt gliedern nach den Schlüsselpositionen:

- Berufliche Schulen
- Soziales
- Umwelt, Verkehr, Wirtschaft und IT
- Eigene Gesellschaften
- Finanzen



## **Berufliche Schulen**

Unsere siebzehn kreiseigenen Schulen lassen wir uns, nach Abzug aller Zuwendungen und Einnahmen und ohne Investitionen im kommenden Jahr 19,6 Millionen € kosten. Das sind durchschnittlich fast 1,2 Millionen € pro Schule. Der Nettoressourcenbedarf - also der Zuschussbedarf im laufenden Haushalt - hat damit innerhalb von zwei Jahren um fast ein Viertel zugenommen. Das ist zum Teil auch auf die ausgiebigen Digitalisierungsmaßnahmen zurückzuführen.



Ich sage das nicht als Kritik, sondern als Feststellung: Wir, die Freien Wähler, halten Bildung nach wie vor als eine der vordringlichsten Aufgaben des Kreises.

Jährlich besuchen ca. 10.700 Schülern unsere Beruflichen Schulen, denen wir damit einen Schulabschluss ermöglichen. Eine Qualifikation für den Start ins Berufsleben und unser Beitrag zum Fachkräftemangel.

Leider leben in Deutschland derzeit über 1,5 Millionen junge Menschen weder mit einem Studien-, Schul- noch Berufsabschluss. Schwer vermittelbar fehlen sie als Fachkräfte dem Arbeitsmarkt.

Einige davon kann man im Parlament bewundern!

So stehen wir auch hinter den erheblichen Investitionen in Schulgebäude, die wir in den nächsten Jahren zu schultern haben. Sie sind gleichzeitig auch Beitrag zum Klimaschutz. Sorgen machen uns dabei die explodierenden Baukosten. So haben wir zum Beispiel 2020 den Neubau der Steinsberg-Schule in Sinsheim beschlossen und dabei ein recht großzügiges Budget von 14,9 Millionen € zur Verfügung gestellt. Ein Jahr später musste der Kostenrahmen um 1,8 Millionen € angehoben werden, inzwischen, wieder ein Jahr später müssen wir weitere 3,2 Millionen nachbeschließen und mit Baukosten in Höhe von 19,9 Millionen € rechnen. Das ist ein Drittel mehr als noch vor zwei Jahren prognostiziert. So können wir nur hoffen, dass die Baupreise für die Maßnahmen, für die wir im kommenden Jahr Planungsdaten veranschlagen, nicht in ähnlicher Weise explodieren.

## **Sozialetat**

Im Teilhaushalt „Soziales und Jugend“ wird insgesamt ein negatives Ergebnis von rund 283,6 Millionen € prognostiziert. Somit ergibt sich im Vergleich zur Vorjahresplanung ein Mehrbedarf von rd. 16,4 Millionen € davon im Sozialamt sieben Millionen € und Jugendamt acht Millionen €.

Die Steigerungen der Aufwendungen für soziale Leistungen schießen überproportional in die Höhe und bringen unsere Finanzlage in ein Ungleichgewicht, das leider auch noch mit vielen Unwägbarkeiten verbunden ist. In nahezu allen von

den Steigerungen betroffenen Bereichen sind es landes- und bundespolitische Entscheidungen, die die Mehraufwände verursachen, aber auch Fallzahlenerhöhungen, die letztlich dem immer stärker zu spürenden demografischen Wandel geschuldet sind.

Der Dauerbrenner „Bundesteilhabegesetz“ mit seinen tiefgreifenden Reformansätzen sorgt für Verschiebungen im Leistungsbereich, aber auch in der Ämterstruktur. Vor allem bedingt durch diese Reformen wird bei der Eingliederungshilfe für 2023 eine Aufwandssteigerung von ca. 10 Prozent erwartet. Hinzu kommt eine deutliche BTHG-geschuldete Steigerung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe mit Mehraufwendungen von rund drei Millionen €.

Einen kleinen Lichtblick stellt die Steigerung der Leistungen der Pflegekassen dar, die sich aufwandsreduzierend im Bereich der subsidiären Hilfe zur Pflege niederschlagen. Im Vergleich zur Planung 2022 reduziert sich das Defizit um 4,7 Millionen € auf 20,4 Millionen €.



Außer Appellen an Bund und Land, diese nicht absehbar sinkenden Kosten durch gesteigerte Zuweisungen an die Kreise auszugleichen, bleiben uns als Landkreis nur wenige Mittel, aus den roten Zahlen zu kommen.

Auf Grundlage der „Leitsätze zur Integrierten Sozialplanung für den Rhein-Neckar-Kreis“ und dem „Förderkonzept für den sozialen Bereich“ haben wir für alle Förderungen im sozialen Bereich eine kreisweite Konzeption beschlossen.

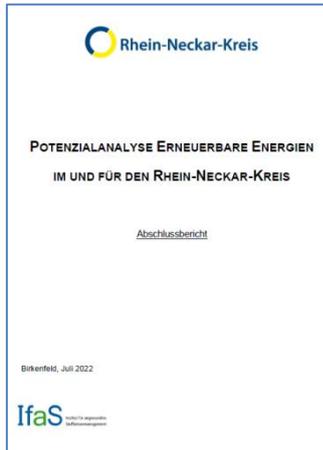
Somit orientieren sich nun alle Förderungen sowohl in fachlicher als auch in finanzieller Hinsicht an einheitliche Maßstäbe mit pauschalierten Abrechnungen.

Jetzt wird erst sichtbar welche Mittel dazu bereitgestellt werden. Allein 2023 rund 2,2 Millionen € an Beratungsstellen für Wohnungslose, häuslicher Gewalt, und Schuldnerberatung, Psychologische Betreuung, Wohlfahrtspflege, und Selbsthilfegruppen, um nur die größten zu nennen.

### **Umwelt, Verkehr, Wirtschaft und IT**

Der Klimaschutz ist ein zentrales Zukunftsthema.

Der Kreistag hat im Dezember 2021 das Klimaschutzkonzept fortgeschrieben, mit den Kommunen eine Kooperationsvereinbarung abgestimmt und für die „klimaneutrale Verwaltung“ Personalstellen geschaffen.



Im November wurde die Studie zu den „Ausbaupotenzialen der Erneuerbaren Energien“ im Kreisgebiet im Detail vorgestellt.

Der Konzern Rhein-Neckar-Kreis setzt das Pariser Klimaschutzabkommen um und wirbt für ein gemeinsames Vorgehen bei Kommunen, Wirtschaft und Bürgerschaft.

Ein sehr guter und professionell aufgearbeiteter Bericht, den die Freien Wähler unterstützen. Das gilt vor allem auch für die Klimasteckbriefe für die 54 Kreiskommunen. Um die lokale Umsetzung zu stärken, wird jeder Kommune eine fundierte Entscheidungsgrundlage für die Erreichung der energiepolitischen Strategie an die Hand gegeben.

Die Potenzialdarstellung stellt damit aber keinen konkreten Umsetzungsplan dar, weil die Flächen nicht in der Zuständigkeit des Kreises liegen. Die Rolle des Kreises beschränkt sich darauf Förderer und Koordinator zu sein.

Die Erkenntnisse der Studie sind nun wissenschaftlich belegt und lassen sich schnell zusammenfassen:

Um die ambitionierten Klimaschutzziele des Rhein-Neckar-Kreises zu erreichen, muss der Ausbau der regenerativen Energieträger bis zum Jahr 2040 deutlich beschleunigt werden. Gleichzeitig ist es erforderlich, Maßnahmen zur Energieeinsparung und -effizienz zu forcieren.

Und dennoch: Es wird nicht reichen! Beim Strom vielleicht, bei der Wärme nicht.

Allein die Vorstellung, dass dazu der achtfache Zubau von Solar-Dachflächen - was möglich ist, ein Zubau von Freiflächen-Solaranlagen auf 4.900 ha Fläche und rund 7.500 ha Fläche für 405 Windräder verplant würden – liebe grüne Freunde – ist so unrealistisch, wie die Vorstellung dass die Sonne immer scheint und ständig Wind weht.

Ich zitiere: „Bei ambitionierter Umsetzung auf Grundlage der zuvor beschriebenen Annahmen, kann im Jahr 2040 der Stromsektor bilanziell zu 100 % aus lokalen erneuerbaren Energien versorgt werden, der Wärmesektor zu 88 % und der Verkehrssektor zu 64 %.“

Also: Lassen Sie uns wohl überlegt weiter unseren Weg gehen im Rahmen unserer Möglichkeiten. Der Masterplan dazu wird von der Verwaltung in 2023 vorgelegt. Der von den Grünen im Ausschuss - aus der Hüfte geschossene Antrag – einfach mal drei Millionen € zusätzliche Mittel für den Klimaschutz zu veranschlagen, ohne konkrete Maßnahmen – lehnen wir kategorisch ab.

Dabei ist schon jetzt festzuhalten, dass Bau- und Investitionsmaßnahmen die höchsten Potenziale zur Minderung der Treibhausgasemissionen ergeben werden.

Neben der Umsetzung der Maßnahmen muss deren Erfolg und die Wirksamkeit regelmäßig überprüft und bewertet werden. Das Monitoring und die Evaluation sind daher weitere wesentliche Aufgabenpakete zur Zielerreichung „Klimaneutrale Kommunalverwaltung“ bis 2035. Dieser Prozesskreislauf wird nun mit erheblichen finanziellen Ressourcen im Jahr 2023 in Gang bzw. umgesetzt.

Luftschlösser bauen – wird es mit den Freien Wählern nicht geben.

Ein weiteres trauriges Kapitel ist der ÖPNV!

Ohne funktionierenden ÖPNV wird die Verkehrswende nicht gelingen. „Aufbruch in andere Zeiten“ hatten wir uns dabei anders vorgestellt.

Die blumige Ankündigung der „Mobilitätswende“ von Verkehrsminister Herrmann mit dem Halbstundentakt im gesamten Kreis von früh bis spät war unausgegoren und scheint auch ein Rohrkrepierer zu werden. Dabei kürzt er noch die Regionalisierungsmittel. Wer soll das bezahlen, woher kommen die zusätzlichen Busse und Bahnen und das Personal?

Auch das vom 9 €-Ticket „umfirmierte“ 49 €- jetzt „Deutschlandticket“ – das ist eine stolze Preissteigerung von 544 %, war großmundig angekündigt und kann doch nicht vor Sommer, vielleicht Frühjahr eingeführt werden.

Städtern wird's vielleicht nützen – die große Mehrheit in den ländlichen Regionen hat keinen Mehrwert.

Vielleicht hätte man die Fachleute dazu hören sollen. So wird das nix! Wer die Defizite trägt ist immer noch nicht geklärt.

Besser wäre es nach unserer Auffassung gewesen das Geld in die Infrastruktur zu stecken, Gleise bauen, Busse und Züge zu kaufen, das Angebot verbessern, verlässlich den Fahrplan einhalten, dann wären auch mehr Fahrgäste umgestiegen.

Es wird ohnehin schwer die Defizite im ÖPNV zu finanzieren bei explodierenden Energie- und Spritpreisen. Gut dass wir uns im Kreistag auf den ÖPNV-Verlustausgleich geeinigt haben. Zumindest darauf können sich die Gemeinden verlassen.

Bei der Radwegeplanung haben wir einen Schritt nach vorne gemacht.

Unser zweites Strategisches Ziel sieht die Umsetzung einer durchgängigen Fahrradinfrastruktur, Gewährleistung hoher Verkehrssicherheit und damit eine stetige Steigerung der Fahrradnutzung im Alltags-, Beruf- und Freizeitverkehr im Rhein-Neckar-Kreis vor.

Dass wir dabei ausgerechnet in Adersbach – dem Nabel der Welt mit 620 Einwohnern – beginnen, ist schon erstaunlich.

Dort wird ein 4,1 Kilometer langer Radweg gebaut. Geplant für 2,4 Millionen €, schnellen die Kosten auf 4,75 Millionen € an.

Den Vogel, pardon die Kröten, schießt dabei die auf 800 Meter Länge zusätzlich zu bauende Amphibienleiteinrichtung für 650.000 € ab.

Damit hätten wir sinnvolleres tun können.

Das ist der Bevölkerung nicht zu vermitteln, auch wenn es dafür Zuschüsse gibt. Das sind auch Steuermittel!

In Zeiten, in denen es Gemeinden gibt, die keine 20.000 € zusätzlich für die Anschaffung von Stromaggregaten für Stromausfälle in Krisenzeiten für den Bevölkerungsschutz haben.

### ***Eigengesellschaften***

Die **GRN**-Kliniken leiden wegen politischer Vorgaben und mangelnder finanzieller Unterstützung der Politik und Krankenkassen unter dem System.

Die Situation ist hinsichtlich der Defizite dramatisch. Das prognostizierte Defizit vom Sommer von 5,7 Millionen €, ist nach aktuellem Stand auf 12,6 Millionen € explodiert.

Das Defizit der Krankenhäuser wird nach den auslaufenden Corona-Hilfen, negativ beeinflusst durch Energiepreisexplosionen und einer ausgeprägten Steigerung bei den Personalkosten hin zu Kosten für Leiharbeitsfirmen.

Im Gegensatz zur allgemeinen Wahrnehmung, dass die Corona-Krise langsam auslaufe und ein abklingendes Problem sei, sind in den Kliniken die Fallzahlen mit Corona höher denn je. Entsprechend hoch ist der Aufwand, die Materialkosten, der Bedarf an Hygieneartikeln und Schutzkleidung. Zudem sind die Beschaffungspreise in allen Bereichen massiv gestiegen. Eine Fortführung der Corona-Hilfen ist nicht zu erwarten, sodass die Hilfen nur im ersten Teil des Jahres entlasten.



Energiepreissteigerungen schlagen massiv zu Buche – plus 2,7 Millionen €. Bundespolitisch wurde versprochen, Energiepreissteigerungen für die Kliniken abzufedern. Es ist verschiedenes in Planung. Genaues weiß man nicht - wie so vieles verkündet die Bundesregierung vollmundig Entlastungen – hoffen wir dass es nicht nur heiße Luft ist, lieber Herr Gesundheitsminister Heiner Lauterbach.

Zu viel wurde versprochen – zu wenig wurde gehalten.



Die Kliniken der GRN stehen im Hinblick auf das Personal auch in Konkurrenz zu anderen Krankenhäusern, insbesondere den Uni-Kliniken. Dort können teilweise höhere Löhne gezahlt werden, was ebenfalls zu Abwanderungstendenzen führt.

Hinsichtlich der geplanten Baumaßnahmen im Kreiskrankenhaus Sinsheim sollen die weiteren Entwicklungen im Gesundheits- und Krankenhauswesen kritisch beobachtet werden. Der Bau wird derzeit nicht in Frage gestellt. Zumindest ist aber eine regelmäßige Einordnung und Neubewertung in Anbetracht der rasanten Entwicklungen sinnvoll und angebracht.

Im Rahmen der Neuordnung der Uni-Kliniken Mannheim und Heidelberg wird es zu Umstrukturierungen kommen. Hier müssen die GRN-Kliniken in die Planungen einbezogen werden.

Der Patient GRN ist unverschuldet zum Pflegefall geworden. Ohne Hilfe wird er die Operation am offenen Herzen nicht überstehen.

Die Freien Wähler bekennen sich nach wie vor zu unseren Kliniken. Sie dürfen aber nicht zum dauerhaften Sanierungsfall werden.

Die **AVR** sowie die Tochtergesellschaften der AVR-Gruppe entwickeln sich gut, und sind wirtschaftlich erfolgreich.

Die AVR-Gruppe hat sich auch in der Corona-Pandemie bewährt, die Abfallwirtschaft hat ständig gut funktioniert.

Die Verunsicherung im Energiesektor mit tsunamiartigen Wellenbewegungen ist ein unkalkulierbarer Unsicherheitsfaktor. Die Wirtschaftlichkeit ist belegt, auch wenn durch die Turbulenzen und Verwerfungen in der Wirtschaft die Abfallwirtschaft unter diesen Prämissen leidet.

Die Wertstoffvermarktung gleicht einer Achterbahnfahrt mit hohen und niedrigen Erlösen, dennoch ist für 2023 keine Gebührenerhöhung notwendig.

Im gewerblichen Bereich arbeiten wir erfolgreich am Markt.

Wir sind im Sinne des Klimaschutzes voll im Trend der Zeit mit einer benutzer- und umweltfreundlichen Abfallwirtschaft im privaten und öffentlichen Bereich. Geordnete Stoffströme, eine hohe Verwertungsquote mit zusätzlich erzeugtem Biogas und Strom, sind Vorzeigeprojekte unserer modernen Abfallwirtschaft und Beitrag zum Umweltschutz.

Ein Skandal ist nach unserer Auffassung, dass auf der Deponie in Sinsheim eine seit Sommer komplett auf Halde liegende Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 2.000 kWp nicht installiert werden kann.

Dies, weil sich die Behörde – das Regierungspräsidium - nicht festlegen konnte, ob die Genehmigung der Anlage im Planfeststellungsverfahren oder des Anzeigeverfahrens zu genehmigen ist. Unglaublich!

Da frage ich mich, ob die in Karlsruhe auf der Höhe der Zeit leben. So wird das nix mit der Energiewende!

### **Die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kreises und der kreisangehörigen Gemeinden erhalten!**

Aus Sicht der Freien Wähler ist dies der zentrale und der wichtigste der Leitsätze des Rhein-Neckar-Kreises. Denn ohne den dauerhaften Erhalt der finanziellen Handlungsfähigkeit des Kreises und seiner Kreisgemeinden bräuchten wir uns über die anderen Leitsätze und die zahlreichen strategischen Ziele keine Gedanken machen. Sie wären schlichtweg nicht zu erreichen.

Mit dem Verzicht auf die vorgesehene Erhöhung der Kreisumlage liegt nun ein Haushalt vor, der diesem zentralen Leitsatz gerecht wird.

Dies freut uns sehr, denn es ist wichtig, dass über die Solidarität des Rhein-Neckar-Kreises mit seinen Gemeinden nicht nur geredet, sondern dass diese auch tatsächlich gelebt wird.

Zwar weist der Haushalt ein Gesamtergebnis aus, das mit 39 Millionen € ein weiteres Mal negativ ist. Doch der Rhein-Neckar-Kreis kann sich dies leisten!

Aufgrund des sehr guten Rechnungsergebnisses 2022 verfügt der Landkreis nach wie vor über eine hohe und mehr als ausreichende Liquidität.

Mit diesem Haushalt wird der Landkreis erneut seiner Verantwortung sowohl für die Kreisfinanzen gerecht als auch seiner Verantwortung, die Leistungsfähigkeit der Gemeinden zu erhalten.

Dann wird es allerdings kritisch ab 2024!!

Jeder kann sich die Belastungen ausrechnen, die sich aus einer vier bis fünf Prozentpunkten höhere Kreisumlage für die Gemeinden ergeben.

### **Investieren auch in wirtschaftlich unsicheren Zeiten.....**

Der Landkreis und der Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik werden bis 2026 insgesamt 180 Millionen € investieren.

Dies unterstützen die Freien Wähler ausdrücklich, handelt es sich doch durchweg um Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Rhein-Neckar-Kreises!





Ob es sich um den Erwerb, die Sanierung und die Erweiterung Polizeidirektion, den Neubau der GRN-Klinik in Sinsheim, den Neubau im Stift Sunnisheim oder die zahlreichen Maßnahmen zur Digitalisierung von Verwaltung und Schulen handelt – alle diese Maßnahmen bringen den Landkreis voran.

In Anbetracht dieses beachtlichen Investitionsvolumens lässt sich das strategische Ziel, die Verschuldung bis Ende 2026 auf 70 Millionen € zu begrenzen nicht länger halten. Vielmehr wird, Stand heute, die Gesamtverschuldung von Kernhaushalt und Eigenbetrieb auf 125 Millionen € steigen.

Dies ist ohne Zweifel ein Wermutstropfen.

Allerdings werden auch Werte geschaffen, an die bei Festlegung dieses strategischen Ziels noch niemand gedacht hat.

Und: Es handelt sich um Investitionen, die weit in die Zukunft reichen. Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist es durchaus sachgerecht, dass diese teilweise auch mit Krediten finanziert werden. Deshalb tragen wir die Änderung dieses strategischen Ziels mit.

### **Personal**

Im Stellenplan 2023 sind insgesamt 1.618 Stellen ausgewiesen – sage und schreibe 55 Stellen mehr als 2022.

Der Stellenplan entwickelt sich seit Jahren nur in eine Richtung: steil nach oben!

Unsere Fraktion hat sich deshalb im Vorfeld erneut intensiv mit dem Stellenplan auseinandergesetzt. Unser Dank gilt hier vor allem Herrn Bäuerlein, der uns die Notwendigkeiten jeder einzelnen neuen Stelle ausführlich und nachvollziehbar erläutert hat.

Ein kleiner Trost ist immerhin, dass knapp die Hälfte dieser Stellen ganz oder teilweise von anderer Seite finanziert wird.

Dennoch sehen wir die Entwicklung des Stellenplans mit Sorge.

Noch im Jahr 2011 wies der Stellenplan 1.200 Stellen aus, 2023 werden es 35 Prozent mehr sein.

Wir fragen uns: Wie sollen die vielen Stellen noch finanziert werden, sollte in Folge des russischen Angriffskriegs und der Energiekrise es tatsächlich zu einer Rezession und einem anhaltenden wirtschaftlichen Einbruch mit niedrigem Steueraufkommen kommen?

Ein großes Problem ist dabei die uns von Bund und Land auferlegte ausufernde Bürokratie.

Eine überbordende Bürokratie lähmt Wirtschaft und Verwaltung in einem nie da gewesenen Umfang. Das hat ein Ausmaß angenommen, dass die Bedenkenträger in Deutschland fast alle Genehmigungen in die Infrastruktur zeitlich in die Länge ziehen, wenn nicht ganz verhindern.

Das Heer der Naturschutzbeauftragten, Klimamanager, Integrationsmanager, Flüchtlingshelfer, Biodiversitätsmanager, Sicherheits- und Gleichstellungsbeauftragten, Verkehrsmanager und Fahrradbeauftragten, freigestellte Personalräte, Schulsozialarbeiter und Streetworker werden sicherlich demnächst dann einen Mediator benötigen, der versucht alles wieder unter einen Hut zu bekommen.

Alles Faktoren für einen zunehmenden Personalkörper!

### **Abschluss**

Nach zwei Jahren der Entbehrungen, die durch die Corona-Pandemie geprägt waren – mussten wir schmerzlich feststellen, dass mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine – wieder Krieg in Europa ist.

77 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ist wieder Leid und Elend zurückgekehrt mit Folgen, die uns Alle berühren.

Die neue Flüchtlingswelle stellt Kreis und Gemeinden vor extreme Herausforderungen. Gleichzeitig sind die Energiepreise explodiert, die Inflation in die Höhe geschneilt; viele Menschen können ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen.

Der Staat hat zwar Rettungsschirme gespannt, aber alles kann er finanziell nicht auffangen.

Es bleibt die Hoffnung, dass sich die Lage wieder stabilisiert und normalisiert, die Energiereserven ausreichen und wir gemeinsam gut durch den Winter kommen.

Alan Kay, ein amerikanischer Informatiker, hat einmal gesagt:

„Die Zukunft kann man am besten voraussagen, wenn man sie selbst gestaltet“.

Dies tun wir in unserem Zuständigkeitsbereich mit dem Haushalt 2023.

Ich bedanke mich bei den Fraktionen – trotz aller differenzierter Auffassungen und politischer Unterschiede – für das gute, konstruktive Miteinander im Kreistag.



Davon lebt die Demokratie!

Wir „Freien Wähler“ danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns Rhein-Neckar-Kreis und der Gesellschaften für ihre nicht immer einfache und dennoch gute Arbeit.

Ihnen Herr Landrat Stefan Dallinger für den vertrauensvollen, kollegialen Führungsstil und die frühzeitige Einbindung der Fraktionen in die Entscheidungsfindung.

„Aufbruch in andere Zeiten“ mit allen Ungewissheiten und Unbekannten - uns wäre es lieber, wenn es heißen würde „Zurück in die Zukunft“!

Da war auch nicht alles gut, aber vieles besser.

Man könnte die im Rahmen der Gebietsreform 1973 zusammengeführten Teilkreise Mannheim/Heidelberg/Sinsheim ja auch als politische „Zwangsheirat“ bezeichnen. 2023 feiern wir dann nach fünfzig Jahren eine erfolgreiche „Goldene Hochzeit“ im Rhein-Neckar-Kreis.

Die Freien Wähler stimmen dem Haushalt 2023 zu.“

## **Weitere Informationen.....**

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>

Grafiken: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis